



Verleger: Carl... Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

Sonntag, 25. Juli 1920 49. Jahrgang

346 - Ausgabe A Nr. 184

und Handels-Zeitung

Sowjet-Rußland zum Waffenstillstand bereit.

Rote Armee stellt ihren Vormarsch ein.

(Telegramme.) Amsterd., 24. Juli. (W. I. B.) Nach einem Moskauer Funkpruch hat die Sowjetregierung den Vorschlag Polens auf Abschluß eines Waffenstillstandes angenommen.

Kopenhagen, 24. Juli. (W. I. B.) Nach einem Telegramm aus Warschau befragt der polnische Botschafter die Polen haben Baranowitsch gemittelt und kämpfen nun östlich des Scharasowitsch.

Rom, 24. Juli. Heute fand eine einstündige Konferenz zwischen Giolitti, dem italienischen Ministerpräsidenten und früheren französischen Botschafter in Rom.

Die Kohlenresolution des Reichswirtschaftsrates.

Die gestrige Debatte über Spaa. E. D. Nachdem am Donnerstag die Minister über die Verhandlungen in Spaa ihre Referate erstattet und die einzelnen Abteilungen des Reichswirtschaftsrates dazu gelodert.

Schon im gestrigen Abendblatt konnten wir, auf Grund einer uns aus Wien zugegangenen Meldung, mitteilen, daß die Sowjetregierung in einem Funkpruch ihren Generalkstab von ihrer Bereitwilligkeit unterrichtet habe, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten.

Die politische Betätigung der Richter.

Von Professor Gerland.

Wir veröffentlichen gern die nachstehenden Ausführungen des Professor Gerland, die eine für Volk und Staat ungemein wichtige Frage betreffen.

Es scheint mir notwendig, auf eine Tatsache hinzuweisen, die von größter Bedeutung ist, auf die Tatsache, daß in weiten Kreisen des Volkes das Vertrauen zu der Unparteilichkeit, zu der Gerechtigkeit unserer Gerichte sich vermindert hat.

den, und daß er andererseits trotzdem den Vertrag von Spaa auf die Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes kategorisch abgelehnt hat, liegt das Unpolitische seiner Haltung.

Kann in dieser Hinsicht nur die Überwindung des Klassenkampfes die Grundlage der Angriffe sein, die man gegen die Gerichte erhebt und damit das Vertrauen zu den Gerichten wiederherstellen, so sind doch auch noch andere Gründe.